



BRÜSSEL



DIE EUROPÄISCHE UNION STELLT SICH NEU AUF



Nina Salden leitet die DAAD-Außenstelle Brüssel seit 2012. Seit 2007 unterhält der DAAD ein Büro in Brüssel, das die Zusammenarbeit mit den Institutionen der Europäischen Union fördert. Die Außenstelle hat insgesamt drei Mitarbeiterinnen.

- 2019 war Wahljahr in Europa. Die Neukonstituierung des Europäischen Parlaments und Neubesetzung der EU-Spitzenposten haben das politische Geschehen dominiert. Drängende Fragen wie der Brexit, die Haushaltsverhandlungen und die künftigen EU-Förderprogramme mussten trotzdem weiterbearbeitet werden. Die neue EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen hat sich klar zum Erasmus+-Programm positioniert und fordert eine Verdreifachung des Budgets für die nächsten sieben Jahre.

Die Wahlen zum Europäischen Parlament haben die politische Bühne der Europäischen Union verändert. Die bisherige inoffizielle große Koalition aus Christ- und Sozialdemokraten, der schon mal vorgehalten wurde, sie mache alle wichtigen Entscheidungen im Vorfeld untereinander aus, hat keine Mehrheit mehr. Das neue Europäische Parlament ist grüner, liberaler, aber auch europakritischer geworden. Rechte und populistische Parteien legten in den Wahlen zu, ihre Zugewinne blieben jedoch hinter den Prognosen zurück.

Dies ist auch der vergleichsweise hohen Wahlbeteiligung zu verdanken. Sie lag europaweit bei knapp 51 Prozent und damit so hoch wie seit 20 Jahren nicht mehr. Das kann als Zeichen gewertet werden, dass sich die Bürgerinnen und Bürger wieder stärker für die EU interessieren. Auch wenn es keinen Grund zur Entwarnung gibt: Europa hat es also noch einmal geschafft.

Das Geschacher um die EU-Spitzenpositionen sorgte jedoch wieder einmal für negative Schlagzeilen. Die Staats- und Regierungschefs haben das vom Parlament favorisierte System der Spitzenkandidatinnen und Spitzenkandidaten, die sich in einer Wahl zur Abstimmung stellen, nicht übernommen und stattdessen in einem Überraschungscoup die deutsche Verteidigungsministerin Ursula von der Leyen als Kommissionschefin

Die Kampagne „This time I am voting“ hat die europäischen Bürger im Vorfeld der Europawahl zur Teilnahme aufgefordert. Sie war erfolgreich. Die Wahlbeteiligung stieg europaweit auf 51 Prozent.





› Plenarsaal des Europäischen Parlaments.

benannt. Sie war bei der Europawahl nicht angetreten. Ihr Team aus 27 Kommissaren – das erste ohne britischen Kommissar – nahm am 1. Dezember seine Arbeit auf.

Die neue EU-Kommission bringt Bildung und Forschung zusammen

Für die Bereiche Bildung und Forschung vermeldet die neue Kommission eine erfreuliche Neuerung. Die Bulgarin Mariya Gabriel wird zukünftig die Politikfelder Bildung, Forschung, Innovation, Jugend und Kultur gemeinsam verantworten. Dies lässt auf eine Stärkung der Synergien zwischen Bildung und Forschung in Europa und den jeweiligen EU-Förderprogrammen hoffen. Gerade für die Hochschulen, die in beiden Bereichen aktiv sind, ist dies von besonderer Bedeutung.



› Die neue Führungsriege der EU (von links): Christine Lagarde, Präsidentin der Europäischen Zentralbank; Ursula von der Leyen, Präsidentin der Europäischen Kommission; Charles Michel, Präsident des Europäischen Rats; David Sassoli, Präsident des Europäischen Parlaments.

Die großen Themen der neuen EU-Kommission – Klima, Digitales, Migration sowie die Stärkung von Demokratie und Rechtsstaatlichkeit – werden auch Auswirkungen auf die EU-Bildungs- und Forschungszusammenarbeit haben. So sollen zukünftig 35 Prozent der EU-Forschungsförderung für klimafreundliche Technologien bereitgestellt werden. In der Bildungszusammenarbeit ist eine Aktualisierung des Aktionsplans für Digitale Bildung angekündigt und für das Erasmus+-Programm gibt es Überlegungen, dieses grüner aufzustellen, zum Beispiel durch die Förderung umweltfreundlicher Verkehrsmittel.

Viel Frustration in den Brexit-Verhandlungen

Die Brexit-Verhandlungen haben die Union im Jahr 2019 wieder intensiv beschäftigt. Dreimal haben die EU-27 einer Verschiebung des Brexit-Datums zugestimmt, da die britische Seite keine Einigung zu einem Abkommen mit der EU erreichen konnte. Der No-Deal-Brexit hing während des gesamten Jahres wie ein Damoklesschwert über der EU. Erst kurz vor dem ursprünglich geplanten Austrittstermin am 31. März hatte die EU eine Notfallverordnung für die Erasmus-Studierenden im Falle eines No-Deals verabschiedet.

Diese garantierte den Geförderten, die sich zum Zeitpunkt des Brexits im Ausland aufhalten, ihren Aufenthalt zu Ende führen zu können. Das ist zwar nur eine Minimallösung. Sie war aber angesichts der großen Unsicherheit, wie es mit dem Erasmus+-Programm weitergehen wird, ungeduldig erwartet worden. Denn



› Nach dem Austritt Großbritanniens folgt der schwierigste Teil der Brexit-Verhandlungen zu den zukünftigen Beziehungen des Landes mit der EU, die nach Wunsch beider Seiten eine „enge Partnerschaft“ darstellen soll.

Großbritannien ist als drittbeliebtestes Zielland der Erasmus-Studierenden ein wichtiger Partner im Programm.

Donald Tusk, Präsident des Europäischen Rats, brachte die Frustration auf EU-Seite in einem Twitter-Kommentar zum Ausdruck: „Ich frage mich, wie dieser besondere Ort in der Hölle für diejenigen aussieht, die den #Brexit gefordert haben, ohne auch nur die Skizze eines Plans, wie man ihn sicher ausführen kann.“

Mit dem Wahlsieg Boris Johnsons Ende 2019 war der Austritt Großbritanniens zum 31. Januar 2020 sicher. Der Austritt gilt allerdings bisher als der einfachere Teil des Brexits. Innerhalb eines sehr engen Zeitrahmens, nämlich bis Ende des Jahres 2020, muss nun eine Lösung für die künftigen Beziehungen der beiden Parteien gefunden werden. Ansonsten droht erneut ein No-Deal-Szenario. Unklar bleibt bisher auch, ob Großbritannien als Nicht-EU-Mitglied ab 2021 weiterhin an den EU-Programmen für Bildung (Erasmus+ 2021–2027) und Forschung (Horizont Europa) teilnehmen kann und will.

› Ursula von der Leyen, Präsidentin der Europäischen Kommission, und Boris Johnson, britischer Premierminister.

Von der Leyen will das Erasmus+-Budget verdreifachen

Der Brexit wird die EU vor enorme Herausforderungen stellen. Nach Einschätzung der Europäischen Kommission verursacht er eine jährliche Finanzierungslücke von 60 – 75 Mrd. Euro im EU-Haushalt für sieben Jahre. Dies hat die komplexen Verhandlungen zum EU-Haushalt für die kommenden sieben Jahre (2021–2027) zusätzlich erschwert. Entgegen der ursprünglichen Planung ist eine Einigung 2019 nicht erzielt worden. Sowohl die Größe des Haushaltes als auch die Frage, wie die Gelder verteilt werden, sind zwischen den Mitgliedsstaaten umstritten.

In Bildung und Forschung möchte die Kommission zusätzlich investieren. Für das Erasmus+-Programm ist die neue Kommissionspräsidentin sogar über den ursprünglichen Vorschlag der Verdoppelung des Budgets hinausgegangen und hat sich die Position des Europäischen Parlaments der Verdreifachung zu eigen gemacht.

Eine Garantie für die tatsächliche Erhöhung von Erasmus+ ist dies aber nicht. In den Haushaltsverhandlungen haben die EU-Mitgliedsstaaten das letzte Wort. Sie müssen den EU-Haushalt einstimmig, mit Zustimmung des Europäischen Parlamentes, beschließen.



› Vanessa Debiais-Sainton, Referatsleiterin für Hochschulbildung in der EU-Kommission, stellt auf dem DAAD/ACA-Seminar vor, wie Erasmus+ zukünftig mehr Personen erreichen und die Inklusion fördern kann.

Erasmus+ 2021–2027: inklusiver und digitaler

Erst mit der Einigung zum Haushalt 2021 bis 2027 können die neuen EU- Förderprogramme verabschiedet werden. Die Verhandlungen zwischen Kommission, Rat und Parlament zur neuen Erasmus+-Verordnung liefen im Spätsommer 2019 an. Einig sind sich die EU-Institutionen darin, dass das Programm zukünftig auch Personen erreichen soll, die bisher aufgrund individueller oder struktureller Hindernisse nicht von einer Förderung profitieren konnten.



› Ágnes Sarolta Fazekas, Eötvös Loránd University, Budapest. Expertinnen und Experten aus Hochschulen und den ACA Mitgliedsorganisationen diskutierten auf dem DAAD/ACA-Seminar, wie Inklusion in der internationalen Hochschulbildung und dem zukünftigen Erasmus+-Programm erreicht werden kann.

Die Europäische Kommission stellte ihren Plan für eine stärkere Inklusion in Erasmus+ auf einem vom DAAD mitorganisierten Seminar Mitte Februar vor: Eine Inklusionsstrategie mit klar definierten Zielgruppen auf EU-Ebene sowie ein Aktionsplan auf nationaler Ebene, die Änderung der Erasmus+-Charta, eine mögliche Anpassung der Mobilitätzuschüsse, flexiblere Mobilitätsformen wie kürzere Aufenthalte sowie die Kombination von physischer Mobilität und virtuellem Austausch sollen helfen, neue Zielgruppen zu erreichen.

Hochschulen und Mitgliedsorganisationen der Academic Cooperation Association (ACA) haben anhand praktischer Programmbeispiele weitere

EU-Afrika-Konferenz zur Hochschulbildung

Am 25. Oktober 2019 trafen sich in Brüssel mehr als 400 Repräsentantinnen und Repräsentanten afrikanischer und europäischer Hochschulen und aus der Politik zur Konferenz „Investing in people by investing in higher education and skills in Africa“. Sie diskutierten dort die Zukunft der EU-Afrika-Hochschulkooperation.

Prof. Sarah Mbi Enow Anyang Agbor, Kommissarin der Afrikanischen Union, hob in ihrer Eröffnung die Bedeutung von Investitionen in Hochschulbildung hervor: „Investitionen in die tertiäre Bildung junger Menschen in den Ländern Afrikas sind der Schlüssel einer nachhaltigen ökonomischen und sozialen Entwicklung des Kontinents. Partnerschaften zwischen Europa und Afrika werden helfen, dies zu erreichen“, sagte sie.

In sechs thematischen Workshops haben die Teilnehmerinnen und Teilnehmer Empfehlungen für die weitere Entwicklung der afrikanisch-europäischen Kooperation in der Hochschulbildung ausgesprochen. Sie fordern unter anderem:

- eine stärkere Zusammenarbeit mit dem Privatsektor.
- die Weiterbildung von akademischem Personal an afrikanischen Hochschulen.
- die Stärkung eines pan-afrikanischen Qualitätssicherungs- und Akkreditierungssystems.
- die stärkere Verbindung zwischen Hochschulbildung und technischer Aus- und Berufsbildung.
- die Stärkung der transnationalen Hochschulkooperation.
- sowie einen integrativen Ansatz der Hochschulbildung, der auch Flüchtlingen den Zugang ermöglicht.



› Eröffnung der Konferenz. Von links: Keynote-Redner Prof. Narciso Matos, Polytechnical University of Mozambique; Dr. Dorothea Rüländ, Generalsekretärin des DAAD; Prof. Sarah Mbi Enow Anyang Agbor, Kommissarin der Afrikanischen Union; Koen Doens, Generaldirektor für internationale Kooperation und Zusammenarbeit, Europäische Kommission; Moderator Pawel Swieboda, European Political Strategy Centre.

Darüber hinaus erwarten sie, dass Kompetenzen und Bildung, darunter auch die Hochschulbildung, auf dem nächsten EU-Afrika-Gipfel der Staats- und Regierungschefs eine zentrale Rolle spielen werden. Der Gipfel wird im zweiten Halbjahr 2020 in Brüssel stattfinden.

Organisiert haben die Konferenz in Brüssel die Europäische Kommission, die Kommission der Afrikanischen Union und die vier europäischen Organisationen DAAD, British Council, Campus France und Nuffic. Der Zusammenschluss dieser zentralen Akteure hat der Veranstaltung zusätzliche Bedeutung verliehen.

Die Europäische Kommission hat mit dieser Konferenz das Thema Hochschulbildung erstmals im Zusammenhang mit der Entwicklungs-Partnerschaft mit Afrika so prominent auf die Agenda gesetzt. Die Hoffnung ist, dass die Zusammenarbeit mit Afrika in der Hochschulbildung in der kommenden EU-Programm-Generation eine Aufwertung erhält. Die Afrikanische Union kündigte zum Abschluss an, 2020 eine Folgeveranstaltung auf dem afrikanischen Kontinent anbieten zu wollen.



› Inklusion und Digitalisierung sind zentrale Themen für das zukünftige Erasmus+-Programm.

Anregungen gegeben. Der DAAD spricht beispielsweise in neuen Programmen gezielt bisher weniger mobile Studierende wie Lehramtsstudierende an. Das Seminar hat die Außenstelle Brüssel gemeinsam mit dem ACA-Sekretariat, der norwegischen Partnerorganisation Diku und der Flanders Knowledge Area ausgerichtet.

Neben Inklusion ist auch Digitalisierung ein zentraler Baustein für das künftige EU-Bildungsprogramm. Erasmus+ soll in Zukunft mehr virtuelle und kombinierte Austauschformate fördern und die Umsetzung des Programms mithilfe digitaler Möglichkeiten einfacher gestalten. Der europäische Studierendenausweis wird die Mobilität für Studierende durch zentral

zur Verfügung stehende Informationen auf der Erasmus+-App vereinfachen. Außerdem soll die Digitalisierung die administrativen Prozesse der Hochschulen erleichtern. Mit dem Start des neuen Programms soll Erasmus+ ab 2021 graduell papierlos werden. Hierauf müssen sich die Hochschulen vorbereiten.

Im Juli kamen 25 Beschäftigte der Humboldt-Universität zu Berlin, die sich mit dem Erasmus+-Programm beschäftigen, nach Brüssel, um sich rund um die Zukunft von Erasmus+ mit Brüsseler Entscheidungsträgerinnen und -trägern auszutauschen. Auch andere deutsche



› Mariya Gabriel, EU-Kommissarin für Innovation, Forschung, Kultur, Bildung und Jugend.

MARIYA GABRIEL: DIE NEUE EU-KOMMISSARIN FÜR INNOVATION, FORSCHUNG, KULTUR, BILDUNG UND JUGEND

Die Bulgarin Mariya Gabriel ist in der neuen EU-Kommission für die Politikbereiche Innovation, Forschung, Kultur, Bildung und Jugend zuständig. Das Europäische Parlament und die wissenschaftliche Community setzten kurz vor Arbeitsbeginn durch, dass ihr Titel nun auch die wichtigen Begriffe Forschung und Bildung enthält, die ursprünglich zugunsten des Kurztitels „Innovation und Jugend“ weggelassen worden waren.

Mariya Gabriel gehört seit 2017 dem Kollegium der Kommission an. Dort war sie für das Thema „Digitales“ zuständig. Zuvor war sie Abgeord-

nete der konservativen Fraktion im Europäischen Parlament. Mariya Gabriel hat ihre akademische Ausbildung in Frankreich absolviert. Sie arbeitet unter dem griechischen Vizepräsidenten, Margaritis Schinas, der für die „Förderung der europäischen Lebensweise“ zuständig ist.

Für die Ausgestaltung der zukünftigen EU-Hochschulbildungspolitik hat Mariya Gabriel die folgenden Prioritäten genannt:

- Verdreifachung des Erasmus+-Budgets im zukünftigen EU-Haushalt.

- Umsetzung eines inklusiveren und grüneren Erasmus+-Programms.
- Unterstützung für Exzellenz und Netzwerke Europäischer Hochschulen.
- Umsetzung des Europäischen Bildungsraums inkl. Einführung des Europäischen Studierendenausweises ab 2021.
- Aktualisierung des europäischen Aktionsplans für Digitale Bildung.

„HOPES gegen Ungleichheit“ – Feras Oyun auf den Europäischen Entwicklungstagen



› Die Referentinnen und Referenten der vom DAAD organisierten Session „HOPES against inequalities“ (von links): Nesma Desouki, Englisch-Dozentin an der Ain Shams University, Ägypten; Isabelle Combes, geschäftsführende Managerin des Madad-Funds, Europäische Kommission; Rabih Shibli, Direktor an der American University in Beirut; Feras Oyouun, ehemaliger HOPES-Stipendiat im Libanon.

Feras Oyun, syrischer Studierender und ehemaliger HOPES-Stipendiat, hat auf dem Forum der Europäischen Entwicklungstage erläutert, welche Herausforderungen Flüchtlinge mit Studienwunsch in den Aufnahmeländern meistern müssen. Die sprachliche Barriere ist für viele Flüchtlinge besonders hoch. So musste Feras Oyun, der in Syrien seinen Bachelor auf Arabisch abgeschlossen hatte, nach der Flucht in den Libanon auf Englisch weiterstudieren. Das libanesische Hochschulsystem war neu für ihn, seine Zeugnisse aus Syrien mussten anerkannt und die Finanzierung für das Studium mit nicht unerheblichen Studiengebühren und Lebenshaltungskosten gesichert werden. Letzteres war für ihn nur dank des HOPES-Stipendiums möglich. „Das HOPES-Stipendium hat mir die Türen geöffnet, um meine persönlichen und akademischen Kompetenzen zu entwickeln“, sagt Feras Oyun.

Dieser Aspekt ist auch der Europäischen Kommission wichtig, die HOPES finanziert. Isabelle Combes, Leiterin des „Madad Funds“, des EU-Treuhandfonds für Syrien, erläuterte, dass Projekte wie HOPES helfen, die Auswirkungen der sozialen und wirtschaftlichen Zerstörung,

die mit Krisen wie der in Syrien einhergehen, zu lindern. Der Zugang zur Hochschulbildung ist nicht nur für die jungen Menschen selbst, sondern auch für ihre Familien und Gemeinschaften von Bedeutung.

Schließlich benötigen Post-Konflikt-Gesellschaften während des Wiederaufbaus dringend Lehrerinnen, Ingenieurinnen, Architekten und weitere Experten. Das Flüchtlingshilfswerk UNHCR hat sich vor diesem Hintergrund das Ziel gesetzt, den Zugang von Flüchtlingen zur Hochschulbildung von derzeit 3 auf 15 Prozent bis 2030 zu erhöhen. Dies gab der UNHCR anlässlich des Weltflüchtlingstages bekannt, der nur einen Tag vor der Diskussion in Brüssel stattfand.

Die Lab-Session im Rahmen der Europäischen Entwicklungstage (EDDs) hat die Außenstelle Brüssel gemeinsam mit den HOPES-Projektpartnern British Council, Campus France und Nuffic ausgerichtet. Die EDDs sind eine seit 2006 jährlich von der EU organisierte Großveranstaltung. Um die 8.000 Teilnehmerinnen und Teilnehmer aus Politik und Gesellschaft nehmen an über 120 Veranstaltungen teil.



› Nina Salden, Leiterin der Außenstelle Brüssel, moderierte die Session „HOPES against inequalities“. Der DAAD war 2019 erstmals mit einer eigenen Session auf den Europäischen Entwicklungstagen in Brüssel präsent.

Hochschul- und Landesvertreterinnen und -vertreter nutzen die DAAD-Außenstelle Brüssel, um sich vor Ort über die EU-Hochschulpolitik zu informieren. Ein weiteres vielgefragtes Thema neben der Mobilitätsförderung in Erasmus+ war die neue EU-Förderlinie der Europäischen Hochschulen. Sie ist unter den deutschen Hochschulen auf besonderes Interesse gestoßen.

Die ersten 17 Europäischen Hochschulen

Die ersten 17 Allianzen Europäischer Hochschulen stehen seit Mitte des Jahres 2019 fest. Die deutsche Beteiligung an dieser ersten Pilotausschreibung ist erfreulich: 15 deutsche Hochschulen sind an 14 Verbänden beteiligt. Nur die französischen Hochschulen sind noch stärker vertreten. Nicht erstaunlich und durchaus als Brexit-Vorbote zu verstehen ist, dass lediglich drei britische Hochschulen an den Allianzen beteiligt sind. Wäre es bereits 2019 zu einem harten Brexit gekommen, hätten die britischen Hochschulen aller Voraussicht nach keine EU-Gelder mehr aus dem Erasmus+-Programm erhalten können.

Die ausgewählten Allianzen sind vielfältig. Sie reichen von strategisch übergreifenden Partnerschaften bis zu thematisch fokussierten Netzwerken. Die Erwartungen an die Allianzen sind groß. Sie sollen innovative Formen der Zusammenarbeit entwickeln, sich langfristig

etablieren und einen zentralen Beitrag zur Entwicklung eines europäischen Bildungsraums leisten. Der Erfolg der Initiative wird sich auch daran messen lassen müssen, inwieweit es ihr gelingt, über die beteiligten Hochschulen hinaus verändernd auf das gesamte Hochschulsystem in Europa zu wirken.

Bei einer ersten Zusammenkunft der beteiligten deutschen Hochschulen, die der DAAD im November nach Brüssel eingeladen hatte, wurde deutlich, dass die Arbeit noch ganz am Anfang steht. In den kommenden Monaten werden sich möglicherweise die ersten Hindernisse in Form rechtlicher Regelungen auf regionaler, nationaler und europäischer Ebene zeigen, die die Umsetzung der Initiative erschweren. Der DAAD wird Potenziale und Herausforderungen im Dialog mit politischen Entscheiderinnen, Entscheidern und den Hochschulen diskutieren und so auch weiterhin einen Beitrag zur Weiterentwicklung der Initiative leisten.

Hochschulkooperation in der Entwicklungszusammenarbeit

Neben den Aktivitäten rund um Erasmus+ hatte die Außenstelle sich für 2019 das Ziel gesetzt, den Beitrag der Hochschulkooperation für die europäische Entwicklungszusammenarbeit in Brüssel sichtbarer zu machen. Zum ersten Mal war der DAAD dafür mit einer eigenen



› Themis Christophidou, Generaldirektorin für Bildung und Kultur der Europäischen Kommission, präsentiert auf der Auftaktveranstaltung zu den Europäischen Hochschulen am 7. November die ersten 17 Allianzen. 85 Mio. Euro standen in der ersten Pilotausschreibung zur Verfügung, für den zweiten Piloten soll das Budget auf 120 Mio. Euro ansteigen.

Lab-Session bei den Europäischen Entwicklungstagen in Brüssel vertreten. Passend zum Oberthema der Veranstaltung „Abbau der Ungleichheiten: Aufbau einer Welt, die niemanden zurücklässt“ präsentierte der DAAD das EU-geförderte Projekt „Higher and Further Education Opportunities and Perspectives for Syrians“ (HOPES). Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer diskutierten über die allgemeine Bedeutung von Hochschulbildung im Fluchtkontext.

Der DAAD ist mit HOPES bereits seit 2016 aktiv und ermöglicht syrischen Flüchtlingen in der Türkei, dem Libanon, Jordanien, Ägypten und Nordirak darüber den Zugang zu Hochschulbildung. Die Europäischen Entwicklungstage boten eine exzellente Plattform, um auf den wichtigen Beitrag der Hochschulbildung im entwicklungs-politischen Kontext aufmerksam zu machen.

Für die europäischen Außenbeziehungen steht Afrika weit oben auf der politischen Agenda. Ende 2018 hat der damalige Kommissionschef Jean-Claude Juncker die „Afrika-Europa Allianz für nachhaltige Investitionen und Arbeitsplätze“ ins Leben gerufen, die unter anderem fordert, in die Kompetenzen und die Bildung junger Menschen zu investieren. Dies hat der DAAD zum Anlass genommen, um mit einer internationalen Konferenz in Brüssel die wichtige Rolle der Hochschulzusammenarbeit zwischen



› Afrika steht weit oben auf der EU-Agenda. Investitionen in (Hochschul-)Bildung und Kompetenzen junger Menschen tragen entscheidend zur wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung des Kontinents bei.

Europa und Afrika bei der ökonomischen und sozialen Entwicklung in Afrika hervorzuheben (siehe Seite 148).

Die EU erkennt zunehmend, dass Investitionen in alle Bildungsstufen und die Beschäftigung junger Menschen in Entwicklungs- und Schwellenländern von zentraler Bedeutung für die Stabilität und die wirtschaftliche Entwicklung sind. Für den DAAD, der sich mit seinem weltweiten Netzwerk in über 60 Ländern in der Hochschulbildung engagiert, bietet dies interessante Möglichkeiten der Zusammenarbeit.



› Mehr als 400 Vertreter europäischer und afrikanischer Hochschulen und policy-maker nahmen an der Konferenz in Brüssel teil.

EUROPAWEITER AUSTAUSCH ZUR INTEGRATION GEFLÜCHTETER IN DAS EUROPÄISCHE HOCHSCHULSYSTEM

Knapp 150 Vertreterinnen und Vertreter aus Hochschulen, EU-Institutionen und europäischen Verbänden haben sich auf einer vom DAAD mitorganisierten Konferenz zur Integration Geflüchteter in das europäische Hochschulsystem ausgetauscht. Die DAAD-Flüchtlingsprogramme „Integra“ und „Welcome“ dienten als Beispiele dafür, wie Geflüchteten der Zugang zum Hochschulstudium in Europa ge-

net werden kann. Die Konferenz in Brüssel war Abschluss der EU-Projekte „Guiding Refugees via European Exchange and Training“ (GREET) und „Academic Refuge“.

Das EU-Forschungsprogramm Horizont 2020 fördert „Guiding Refugees via European Exchange and Training“ (GREET). Es stärkt die europäische Zusammenarbeit und den Informationsaustausch zur

Integration hoch qualifizierter Geflüchteter in Bildungssysteme und Arbeitsmarkt. Der DAAD ist gemeinsam mit der finnischen Nationalen Agentur für Bildung, EDUFI, Projektpartner in dem von der Academic Cooperation Association geleiteten Konsortium. Das Nachfolgeprojekt „Career Advancement for Refugee Researchers in Europe“ (CARE) ist im selben Jahr gestartet.



› Von links: Majdi Bido, Universität Siegen; Kaisu Piironen, Finnisches Ministerium für Bildung und Kultur; David Crosier, Eurydice (Moderator); Mathieu Schneider, Universität Straßburg; Julia Kracht Araújo, DAAD.



› Das „GREET“-Projekt fördert den europäischen Austausch zur Integration hoch qualifizierter Flüchtlinge in die Hochschulen.

Ausblick 2020

Nachdem sich die EU im Jahr 2019 vorrangig mit der Neu-Aufstellung ihrer Institutionen beschäftigt hat, stehen im Jahr 2020 wichtige Beschlüsse, etwa zum nächsten EU-Haushalt an. Dieser entscheidet darüber, wo die politischen Prioritäten der EU in den nächsten sieben Jahren liegen werden. Deutschland wird im zweiten Halbjahr 2020 die EU-Ratspräsidentschaft übernehmen und die EU somit in einer wichtigen Phase führen.



› Die EU hat sich 2019 mit der Wahl zum Europäischen Parlament und der Neubesetzung der Spitzenposten in Kommission, Rat und Europäischer Zentralbank neu aufgestellt.

STATISTISCHER ÜBERBLICK EUROPÄISCHE UNION 2019



28

Mitgliedsstaaten
(27 seit dem 1.2.2020)



513 Mio.

Bevölkerungszahl



23,3 Mrd.

EU-Haushalt für Wettbewerbsfähigkeit für Wachstum und Beschäftigung (2019 in EUR)



19,8 Mio.

Studierende im Tertiärbereich
in der EU (2017)



11,6 %

EU-Hochschulabsolventen mit
Auslandserfahrung (2017)

2,8 Mrd.

hiervon für Erasmus+

12,3 Mrd.

hiervon für Horizont 2020



ca. 470.000

Erasmus+-geförderte
Studierende 2017/18

rund 4,4 Mio.

seit 1987



40,7 %

EU-Hochschulabsolventen
2018 (Prozentsatz der
30- bis 34-Jährigen)



85,5 %

Beschäftigungsquote bei
EU-Hochschulabsolventen
(20-34 Jahre) 2018